

**Gegenstand: Verpflichtung neuer Ratsmitglieder nach § 30 GemO;
Karina Kauf (CDU) und Daniela Schön (AfD)**

Die Vorsitzende informiert zunächst, dass Frau Daniela Schön (AfD) am 27.04.2023 mitgeteilt hat, dass sie nicht mehr Mitglied in der AfD ist und ihr Mandat direkt wieder niedergelegt.

Frau Karina Kauf, CDU wird als neues Ratsmitglied (als Nachfolgerin für Hans-Peter Rottmann) verpflichtet. Die Vorsitzende weist Frau Kauf auf die Grundsätze der Mandatsführung, die Pflicht zur Verschwiegenheit (§20 GemO), die besondere Treuepflicht gegenüber der Gemeinde (§ 21 GemO) und die Ausschließungsgründe bei Entscheidungen (§ 22 GemO) hin und besiegelt diese mit dem obligatorischen Handschlag.

41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.04.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Die Vorsitzende stellt fest, dass keine Anregungen und Fragen vorliegen.

Gegenstand: Vermittlungsplattform von Praktika und Werksstudentenjobs für Schüler und Studenten sowie die örtlichen Unternehmen und Dienstleister im Bereich der städtischen Wirtschaftsförderung; Prüfantrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 28.02.2023
Vorlage: 1440/2023

Fr. Hofmann FDP macht weitere Ausführungen zum Antrag. Es wird eine Plattform im Rahmen der Wirtschaftsförderung gewünscht, auf der Firmen ihre Praktika, Werksstudentenjobs oder Ferienaushilfen bereitstellen und den Kontakt zu Schülerinnen und Schülern und Studentinnen und Studenten herstellen können. Große Firmen sind bekannt, jedoch kennen Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten die kleinen lokalen Unternehmen nicht. Die Plattform würde die Bindung vor Ort stärken und ein Vorteil für Job-Suchende sowie Unternehmen vor Ort bedeuten.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass bereits mit der IHK, Handwerkskammer sowie Agentur für Arbeit aufgenommen wurde. Mögliche Synergieeffekte sollten beim Prüfantrag Berücksichtigung finden und nutzenbringend einfließen.

Herr Brandenburger teilt mit, dass der Prüfantrag seitens der SPD-Fraktion in Frage gestellt wird. Die Aufgabe wird bereits von der Berufsagentur und der Jugendberufsagentur bereits wahrgenommen. Unabhängig von der Ebene ist bereits eine Einrichtung vorhanden. Die Stadt muss keine weitere Plattform ins Leben rufen. Dem Prüfantrag kann nicht zugestimmt werden.

Herr Kabs teilt mit, dass der Antrag seitens der CDU-Fraktion eher positiv gesehen wird. Auf regional konzentrierter Ebene könnten bei kleineren Unternehmen (Tätigkeiten wie Kellnerinnen und Kellnern, Zapferinnen und Zapfern) die nicht so professionell aufgestellt sind wie große Unternehmen Vorteile entstehen. Die Praktische Umsetzung muss geklärt werden. Dem Prüfantrag wird zugestimmt.

Herr Czerny hält eine solche Plattform für denkbar. Bei technischen Berufen und Handwerkern könnte die Plattform eine Lenkungswirkung erzielen und sich beim derzeitigen Personalmangel als positiv erweisen.

Herr Popescu schließt sich für die Fraktion der Sichtweise von Herrn Brandenburger an. Es ist kein Mehrwert zu erwarten. Die Aufgabe fällt der Arbeitsagentur bzw. dem Jobcenter zu. Auch wenn Synergien entstehen, werden Ressourcen der Stadtverwaltung gebunden, die nicht vorhanden sind. Es gibt ausreichend Möglichkeiten auf Arbeitskräfte und Stellen zuzugreifen. Es wird kein Mehrwert gesehen, wodurch dem Antrag nicht zugestimmt werden kann.

Auch die SWG schließt sich der ablehnenden Haltung an. Frau Franz deutet auf die Mehrbelastung für die Wirtschaftsförderung hin. Es gibt ausreichend Möglichkeiten für die geringe Zahl an Arbeit suchenden Menschen. Der Antrag wird abgelehnt.

Herr Oehlmann widerspricht Herrn Brandenburger und Herrn Popescu. Es geht nicht nur um die Schaffung von Synergien, sondern um Kontakte herzustellen, daher wäre die Plattform ein Gewinn.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass eine Plattform installiert gepflegt und „genutzt“ werden muss und damit Aufwand erzeugt.

Herr Wagner teilt mit, dass Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten Praktika suchen. Während Corona gab es viel Ausfall, die Suche ist mühsam. Eine Plattform ist hilfreich. Aktuell stellt dies nur Prüfantrag dar, der positiv gesehen werden muss.

Herr Ableiter stellt die Personalproblematik bei freien Handwerksbetrieben dar. Aufträge können nicht bedient werden. Die Handwerker starten inzwischen selbst Initiativen. Plattform wäre hilfreich um Personal lokal zu halten. Die Freien Wähler unterstützen den Antrag.

Herr Haupt weist darauf hin, dass Handwerker beim aktuellen Personalangebot oftmals kein zuverlässiges Nachwuchspersonal finden. Insofern gibt es auch gegenteilige Erfahrungen.

Dem Prüfantrag wird zugestimmt.

Frau Keller-Mehlem deutet die Frage heraus, in welchem Verhältnis der Aufwand zum Nutzen steht und der Antrag zunächst im Digitalisierungsausschuss diskutiert werden könnte. Herr Brandenburger weist nochmal darauf hin, dass die Aufgaben bereits durch die Jugendberufsagentur (Start Januar 2022) wahrgenommen wird, deren Partner die Arbeitsagentur Ludwigshafen, Jobcenter Vorderpfalz und die Stadt Speyer sind. Vor dem Hintergrund ist es nicht sinnvoll doppelte Strukturen mit öffentlichem Geld zu schaffen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Antrag mit knapper Mehrheit, bei 12 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen

Die Vorsitzende weist auf neues Angebot „Handwerk rockt“ in der Halle 101 hin.

**Gegenstand: Pflegeplätze: Kurzzeitpflege, Tagespflege, Hauswirtschaftshilfen und ambulante Angebote;
Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 19.03.2023
Vorlage: 1441/2023**

Die Vorsitzende gewährt auf Anfrage das Wort und stellt fest, dass die Anfrage mündlich beantwortet werden soll.

Frau Trageser-Glaser erläutert die Anfrage näher und stellt insbesondere die Belastung Pfleger Personen heraus und die Kapazitätsprobleme im hauswirtschaftlicher Bereich und bei Tagespflegeplätzen.

Frau Kabs berichtet über die Möglichkeiten und Kapazitäten in der Kurzzeitpflege. **Die Daten werden mit dem Protokoll bereitgestellt.**

Zu Frage 1) *Wie hat sich das Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen entwickelt? Ist für alle, die auf einen Kurzzeitpflegeplatz angewiesen sind, ein Platz garantiert?*

Kurzzeitpflegeplätze werden von den meisten Einrichtungen in Speyer angeboten. Zur Nutzung während Urlaubs von Angehörigen bzw. Regenerationszwecken ist es eher nicht möglich einen Platz zu erhalten. Die Einrichtungen müssen lange Vorplanungen vorsehen. Ein Platz ist nicht bei jedem Bedarf garantiert. Die vorliegenden älteren Zahlen genutzter Kurzzeitpflegeplätze haben sich von 31 in 2017 auf 24 in 2019 reduziert.

Zu Frage 2) *Wie viele Tagespflegeplätze bestehen noch in Speyer, nachdem zwei Einrichtungen weggefallen sind? Gibt es offene Plätze für aktuelle Bedarfsfälle, wie ist die Nachfrage? Stimmt es, dass auf Einrichtungen im Umland ausgewichen werden muss?*

Es besteht eine Tagespflege im Caritas-Zentrum St.-Martha in der Schützenstraße. Dort ist die Betreuung in einer Gruppe von 10 Tagesgästen, Mo-Fr möglich. In der Vergangenheit hatten 3 Tagespflegezentren Probleme, die Tagespflegeplätze zu füllen. Aktuell ist im Fall des Zentrums St.-Martha die Nachfrage höher als das Angebot, so dass es zu Wartezeiten kommt. Alternativen im Umland werden angefragt. Es kann von einem ungedeckten Bedarf ausgegangen werden, dessen Umfang aber nicht konkret benannt werden kann. Die Tagespflege Luna und Haus Lichtblick hatten mangels Nachfrage geschlossen. In St. Hedwig waren die Räumlichkeiten nicht adäquat, so dass auch hier das Angebot eingestellt wurde.

Zu Frage 3) *Können die ambulanten Pflegedienste in Speyer inzwischen die Nachfrage abdecken oder gibt es Aufnahmestopps?*

Die Zahl der ambulanten Pflegedienste ist in Speyer wieder gestiegen. Frau Kabs erläutert die diversen Angebote und Kapazitäten.

Zu Frage 4) *Wie werden die Hauswirtschaftsdienste in Anspruch genommen, entspricht hier das Angebot der Nachfrage?*

Die Nachfrage nach Hauswirtschaftsdienste ist da, die Zahl der Dienste muss noch erhoben werden.

Zu Frage 5) *Wieweit greifen die Angebote der Nachbarschaftshilfe?*

Das Angebot ist gut angelaufen und wird stark nachgefragt. Es wird der 6. Schulungsgang für Hilfe gebende durchgeführt, weitere Schulungen sind vorgesehen.

Zu Frage 6) *Was kann die Stadt tun, um bedarfsgerechte Angebote anzustoßen, zu fördern und gegebenenfalls Räumlichkeiten für eine Tagespflege anzubieten?*

Die Stadt kann in ihrem Wirkungsrahmen wie bei z. B. bei Netzwerktreffen und Pflegekonferenzen auf Bedarfe hinweisen.

Zu Frage 7) *Ist die Stadt bereit, für solche Angebote im neuen Konzept des Stiftungskrankenhauses auf jeden Fall geeignete Räumlichkeiten vorzuhalten?*

Ende März 2023 wurde der Beteiligungsprozess zum ehemaligen Stiftungs Krankenhaus angestoßen. Die Begehrlichkeiten sind sehr groß. Die Ergebnisse werden Grundlage für den geplanten Architektenwettbewerb im Jahr 2025 (voraussichtlich) sein.

Zu Frage 8) *Wie kommt die Verwaltung der Verpflichtung zur Fortschreibung der Pflegestrukturplanung nach und werden die Anliegen auch in Pflegekonferenzen thematisiert?*

Pro Jahr werden 2 Pflegekonferenzen ausgerichtet. Die Dienste können in den Konferenzen ihre Themen platzieren. Dieses Jahr soll der nächste Pflegebericht erstellt werden. In 2023 werden 4 geplanten Treffen der AG Demenz durchgeführt um die AG nach Corona wieder zu aktivieren. Die AG Kultur und Demenz hat ihr 1. Treffen nach Corona. Weiter werden Treffen zwischen ambulanten und stationären Diensten durchgeführt. Auch während Corona wurden Pflegekonferenzen mit starker Nachfrage durchgeführt.

**Gegenstand: Speyerer Katzenschutzverordnung;
Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 25.03.2023
Vorlage: 1442/2023**

Herr Hoffmann gibt Informationen zu den Kastrationszahlen und erläutert nochmals kurz die Anfrage der CDU-Fraktion.

Frau Münch-Weinmann weist darauf hin, dass die Katzenschutzverordnung wichtig ist und darüber weiter informiert werden muss. Es besteht keine Katzensteuer und die Zahl der Katzen in Speyer ist nicht bekannt. Es gibt zu viele Katzen in Speyer.

Zu Frage 1) *Wie haben sich die Kastrationszahlen seit Inkrafttreten der Verordnung im September 2022 entwickelt.*

Die Tierarztpraxen behandeln nicht nur Speyerer Katzen, weshalb die Tierarztpraxen keine genauen Zahlen mitteilen können. Die Zahlen sind rückläufig. Die rückläufigen Zahlen stehen laut den Tierarztpraxen nicht im Zusammenhang mit der Katzenschutzverordnung. Dies ist vielmehr auf die gestiegenen Kosten zurückzuführen. Wer seine Katze nicht kastrieren lassen möchte, sucht in der Regel auch seltener einen Tierarzt auf.

Zu Frage 2) *Was wurde nach dem Beschluss des Stadtrats unternommen, um die Katzenschutzverordnung und die damit verbundenen Pflichten bekannt zu machen?*

Es wurde Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Es wurde ein Flyer entworfen, die in der Ordnungsbehörde und im Tierheim ausgelegt wurden. Im August 2022 gab es ein Benefizkonzert im Tierheim anlässlich dem seitens der Stadt über die KatzenschutzVO informiert wurde. Die Inhalte des Merkblattes wurden auch auf der Homepage der Stadtverwaltung veröffentlicht und die Rheinpfalz hatte hierüber berichtet.

Zu Frage 3) *Ist der Verwaltung bekannt, inwieweit Tierärzte auf die Verordnung aktiv hinweisen, wurde ihnen das städtische Merkblatt zur Weitergabe zur Verfügung gestellt?*

Die Tierarztpraxen werden durch die Stadt informiert. Im August 2022 wurden Infoschreiben herausgegeben, denen die Verordnung sowie die Merkblätter beigelegt waren. Nach Auskunft werden die Merkblätter in den Tierarztpraxen ausgelegt und die Katzenhalterinnen und Katzenhalter werden über die Sinnhaftigkeit aufgeklärt.

Zu Frage 4) *Hat die Verwaltung Kontakt mit anderen Städten aufgenommen, mit dem Ziel in der Bekanntmachung und praktischen Anwendung der KatzenschutzVO voneinander zu lernen? Wenn ja: was waren die Ansätze der anderen Städte und inwieweit plant die Stadt Speyer diese zu adaptieren?*

Bei der Vorbereitung hat die Stadt mit anderen Kommunen Kontakt aufgenommen. Seit Inkrafttreten der VO nehmen andere Behörden mit der Stadt Kontakt auf, um Informationen über die KatzenschutzVO zu erhalten. Es gibt weiter einen ständigen Austausch zwischen dem Speyerer Tierheim und der Veterinärbehörde des Rheinpfalz-Kreises.

Zu Frage 5) Welche weiteren Maßnahmen wird die Stadt unternehmen, um die Inhalte der Verordnung bekannter zu machen und die Ziele der Verordnung zu erreichen?

In den Bürgerbüros wurde ein weiterer Flyer „Findefix“ ausgelegt. Ziel ist, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Tiere im Haustierregister des Deutschen Tierschutzbundes registrieren lassen. Es sind große Populationen von Streunerkatzen bekannt. Mit Hilfe des Tierschutzvereins wird versucht diese einzufangen, zu kastrieren und zu kennzeichnen. Es wird weiter informiert.

Die Vorsitzende stellt fest, dass es keine Nachfragen seitens Herrn Hoffmann mehr gibt.

**Gegenstand: Speyer - "Baumalleen für die Stadt";
Prüfantrag der Stadtratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und SWG vom 12.04.2023
Vorlage: 1450/2023**

Frau Heller führt aus, dass sich die Stadtverwaltung mit Herrn Freitag darum kümmert, dass mehr Grün in die Stadt kommt. Der Antrag wurde gestellt, um eine Systematik in die Stadtbegrünung zu bringen. Speyer soll nicht nur als Stadt der Grünen Wege, sondern als Stadt der Alleen bekannt werden. Der Antrag sollte möglichst auch im Juni in der beantragten Sondersitzung Grünflächenmanagement behandelt werden.

Die Vorsitzende betont, dass die Verwaltung den Antrag begrüßt. Sie weist darauf hin, dass in der Vergangenheit wohl bereits ein Alleekonzept bestand und ruft dazu auf die Informationen hierzu bereitzustellen, sofern jemand noch über Unterlagen hierzu verfügt.

Herr Popescu begrüßt den Antrag. Ein vorhandenes Alleekonzept wäre hilfreich. Zu den Baumstandorten auf der Maximilianstraße wird auf die Urheberrechtsproblematik hingewiesen, die bereits beim Postplatz bestand. Die Maximilianstraße wird nicht als idealer Baumstandort gesehen. Im Antrag sollte aufgenommen werden, dass bei der Auswahl der Bäume auf Niedrigbäume der Kategorie 3 verzichtet wird. Unter den Voraussetzungen wird dem Antrag zugestimmt.

Die Vorsitzende informiert darüber, dass es Gespräche mit dem Sohn des Urhebers, Professor Böhm gab. Danach stellte er in Aussicht, die Initiativen konstruktiv begleitet zu wollen. Daher liegt aktuell keine Kenntnis über einen kommenden Rechtsstreit vor. Vielmehr ist es ratsam, den Sohn des Urhebers frühzeitig einzubinden.

Herr Ableiter weist darauf hin, dass es schon immer wieder Begrünungsinitiativen gab, aber bisher nichts umgesetzt wurde. Begrünung muss wirksam sein um den Hitzeproblem entgegenzuwirken. Hierzu sind große Bäume erforderlich. Die Maximilianstraße ist mit kanalisiertem Bach und unterbauten Kellern stellt ein Problem für die Bepflanzung dar. Demgegenüber ist dem wirksamen Begrünen großer Flächen der Vorzug zu geben.

Frau Montero-Muth begrüßt den Prüfantrag. Es ist gewünscht, dass mehr Bäume in die Stadt kommen. Für Alleen sind Bäume mit großem Stammumfang nötig. Am Beispiel des Martinskirchweges erläutert sie die aktuelle Praxis der Stadt. Es erfolgt keine nachhaltige Planung für Beschattung. Fortwährend gibt es nur einen Austausch/Neubepflanzung mit kleinen Bäumen mit dünnem Stammdurchmesser. Dies bringt keine neuen großen Schattenspenden.

Herr Oehlmann bestätigt den Eindruck von wiederholten Neupflanzungen am Beispiel Vogelgesang. Es ergibt sich nur vordergründig der Eindruck einer gleichmäßigen blühenden Begrünung. Der Ausbau von Straßen mit Allee-Charakter wird begrüßt. Für die Maximilianstraße wird sich eine Individuallösung für die Abkühlung in heißen Sommermonaten finden lassen. Der Antrag wird unterstützt.

Herr Wagner weist darauf hin, dass sich die Diskussion in den letzten Jahren wiederholt. Der Prüfantrag wird begrüßt. Es wird um Berücksichtigung des CDU-Antrags aus dem vergangenen Jahr zu Wasserspendern und Trinkbrunnen auf der Maximilianstraße gebeten.

Frau Mang-Schäfer stellt nochmals heraus, dass es nur ein Prüfauftrag ist. Seitens Stadtgrün und Herrn Nolasco wurden in verschiedenen Sitzungen interessante Möglichkeiten vorgestellt

hatten, die der Vollständigkeit halber nochmals in einem neuen Antrag Berücksichtigung finden sollten.

Herr Haupt begrüßt Begrünung grundsätzlich. Jedoch sollten Bäume nicht dort gepflanzt werden, wo Vandalismus herrscht wie z. B. auf dem Marktplatz. Bäume sollten auch dort nicht gepflanzt werden, wo Probleme und Kosten durch Schäden am Straßenbelag zu erwarten sind. Die Maximilianstraße ist demnach ungeeignet. Zu bevorzugen sind Schulhöfe, St.-Guido-Stifts-Platz, Heinrich-Lang-Platz/Speyer Nord, Platz der Stadt Ravenna. Begrünung im Stadtkern ggf. eher durch Palmen. Grundsätzlich wird Begrünung befürwortet, dem Prüfauftrag wird zugestimmt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Antrag einstimmig.

**Gegenstand: Die Stadt als Mieterin, vermietet an Bedürftige weiter und bietet Unterstützung für alle Beteiligten;
Prüfantrag der Stadtratsfraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SWG vom 12.04.2023
Vorlage: 1453/2023**

Frau Mang-Schäfer erläutert den Prüfantrag. Das Angebot für Wohnraumbedürftige soll mit einem weiteren Baustein erweitert und verbessert werden.

Herr Schneider stellt in Frage wer genau die Bedürftigen sind, für die die Regelung zur Anwendung kommen soll. Welche Risiken soll die Stadt übernehmen? Die Kosten bei Wohnungsräumungen und der anfallende Personalaufwand sind erheblich. Die Maßnahme würde wieder regulativ in den Markt eingegriffen. Ursächlich für das Kernproblem ist die illegale unkontrollierte ungebremste Massenmigration nach Deutschland seit 8 Jahren. Dem Antrag wird nicht zugestimmt.

Herr Popescu stellt in Frage, welches Risiko die Stadt trägt, wie hoch die Kosten sind. Stadt ist kein Risikopuffer. Er weist darauf hin, dass die Zweckentfremdungssatzung die Stadt in die Lage setzt, Leerstand festzustellen und die Nutzung leerstehender Wohnungen zu erreichen.

Herr Oehlmann gibt zu bedenken, dass es dazu verleiten könnte, Vermietern eine leichte und lukrative Vermarktung von Wohnraum zu ermöglichen, bei der die Stadt weitere Kosten aufkommt. Es handelt sich um eine freiwillige Leistung mit Budgetierung, bei der nicht vorhersehbar ist, welche Kosten anfallen. Das Sozialgesetzbuch stellt bereits Hilfen für Wohnraumsuchende. Für die Abstimmung wird Enthaltung angekündigt.

Herr Brandenburger führt an, dass es für die Aufgabe bereits die Wohnraumsicherung gibt. Die Stadt ist Vermieterin mit GEWO. Es ist die klassische Aufgabe der Wohnbaugesellschaften für Wohnraum zu sorgen. Aufgabe wird bereits wahrgenommen. Es ist nicht erkennbar, welchen warum der Antrag verfolgt werden soll.

Frau Mang-Schäfer erläutert, dass eine Lücke zwischen dem Angebot GEWO und dem Leerstand geschlossen werden sollte. Bedürftige bzw. Wohnberechtigungsschein-Inhaber oder auch Personen mit Sprachbarrieren sollten einfacher Wohnraum finden können. Herr Ableiter sieht den Antrag grundsätzlich positiv. Stellt jedoch heraus, dass hier ein nicht erhebliches Risiko und Aufwand für die Stadt entsteht, der zu unabsehbare Kosten führt. Der Personalaufwand und das Budget sind für die Stadtverwaltung nicht kalkulierbar. Der Antrag wird abgelehnt.

Frau Heller stellt heraus, dass eine Kosten-Nutzen-Abwägung erfolgen muss. Ggf. sind Einsparungen möglich, wenn kein Wohnraum neu gebaut werden muss. Es gibt z. B. ältere Vermieter, für die bei der Vermietung überfordert sind, könnten unterstützt werden.

Herr Haupt kritisiert, dass Eignerinnen und Eigner von Zweitwohnsitzen angeschrieben werden. Es erfolgt immer mehr ein Eingriff in die Eigentumsverhältnisse. Dies stellt einen Zugriff in Selbstbestimmung dar. Zugriffe in die Eigentumsverhältnisse oder eine Umverteilung sollte unterlassen werden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Antrag mehrheitlich (4 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen).

**Gegenstand: SAS - soziale Anlaufstelle Speyer;
Antrag der Stadtratsfraktion Unabhängig - für Speyer! vom 14.04.2023
Vorlage: 1455/2023**

Frau Keller-Mehlem führt den Antrag weiter aus. Die SAS bietet zahlreiche Angebote und Dienstleistungen. Die niederschweligen Angebote werden sehr gut angenommen. Ausfall bei Messe bedauerlich, weil den Bedürftigen ein wichtiges Angebot entzogen wird.

Die Vorsitzende dankt den Ehrenamtlichen der SAS und stellt nochmals die Wichtigkeit dieses Angebotes dar. Es ist die Zustimmung für finanzielle Mittel für alternative Angebote während Messebetrieb nötig. Es muss eine Unterbringung für das Sanitätszentrum + Behandlungen für zukünftige Messen gefunden werden. Es sind Containerstandorte auf dem Messplatz mit Versorgung und Zuwegung nötig. Die Umsetzung ab der Herbstmesse würde im Fall der Zustimmung geprüft.

Herr Ableiter wendet ein, dass für Messen ein Sanitätsdienst erforderlich ist. Adäquate Räume müssen vorhanden sein. In den Zeiten der Messe ist es oftmals sehr kalt. Die Örtlichkeit eingangs des Festplatzes ist für die Unterbringung des Sanitätsdienstes ideal und nötig. Alternativen sind schlecht vorstellbar, ohne den Einsatz des Sanitätspersonals zu behindern. Dem Antrag wird nicht zugestimmt.

Herr Oehlmann stellt die SAS als notwendige Einrichtung heraus. Der ehrenamtliche Dienst in der SAS lässt es nicht zumutbar erscheinen, während des Festbetriebes jeweils umzuziehen. Die SAS hat ihren berechtigten Platz im Kiosk am Festplatz. Der Antrag wird unterstützt. Container stehen einer Unterbringung im Kiosk nichts nach. Eine gute Lösung für die alternative Unterbringung der Rettungsdienste ist nötig und möglich.

Herr Popescu weist ebenfalls auf die wichtige Funktion der SAS hin. Die Anlaufstelle sollte auch während des Festbetriebes am gewohnten Platz bleiben. Eine alternative Lösung für die Unterbringung der Rettungsdienste bei den Festen ist möglich. Dem Antrag wird zugestimmt, eine finanzielle Zusage erfolgt entsprechend.

Frau Queisser stimmt dem Antrag im Namen der SPD-Fraktion zu, auch vor dem Hintergrund, dass damit eine finanzielle Zusage verbunden ist.

Frau Mang-Schäfer begrüßt den Antrag seitens der SWG. Es wird angeregt, ggf. Altlasten des Vormieters in den Räumen der SAS seitens der Stadt zu entsorgen, um damit das Ehrenamt zu unterstützen.

Herr Hoffmann trägt vor, dass die CDU-Fraktion Antrag unterstützt.

Herr Jaberg begrüßt und unterstützt den Antrag. Er weist auf den hohen Bekanntheitsgrad der SAS bei bedürftigen Personen in der Region hin.

Herr Haupt schließt sich mit der Unterstützung des Antrags an. Er hofft, dass die Anlaufstelle dauerhaft vor Ort bleiben kann und die Spenden und Mittel für den weiteren Betrieb vorhanden sind.

Frau Keller Mehlem dankt nochmals für die einheitliche Zustimmung und Unterstützung des Ehrenamtes.

Die Vorsitzende weist nochmals darauf hin, dass die Stadt sehr an der Unterstützung der SAS interessiert ist. Es gibt zahlreiche private Spender und auch eine städtische Stiftung unterstützt die SAS.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Antrag bei 1 Enthaltung (BGS).

**Gegenstand: Antragsformulare in Leichte Sprache;
Antrag der Stadtratsfraktion Unabhängig - für Speyer! vom 15.04.2023
Vorlage: 1456/2023**

Frau Keller-Mehlem erläutert nochmals den Antrag der UfS. Die Stadt sollte im Hinblick auf die Teilhabe und Inklusion nach und nach Formulare in leichte Sprache übersetzen, beginnend mit Beihilfen und Soziales. Dadurch sollen Leute in die Lage versetzt werden, Anträge zu stellen und Leistungen abzurufen. Eine EU-Richtlinie verpflichtet die Städte zu barrierefreien Angeboten. Hierdurch ist die Stadt in der Pflicht, die Angebote im Blick auf die Sprache barrierefreier zu gestalten.

Die Vorsitzende beantwortet die Anfrage. Sie gibt voraus, dass sich die Diskussion auf Formulare der Stadt Speyer beziehen muss. Keinen Einfluss hat die Stadt auf Bundes-/Landesformulare. Teile der Homepage-Inhalte sind in leichter Sprache übersetzt. Die Leistung wurde ausgeschrieben und die Firma „Klar“ Übersetzungsbüro für leichte Sprache von Frau Vera Apel-Jösch beauftragt.

Die Übersetzung von Inhalten in leichte Sprache ist nicht einfach. Aktualisierungen der Inhalte können durch die neue Verwaltungsmitarbeiterin Frau Hill mit entsprechender Befähigung vorgenommen werden. Die angepassten **Themenbereiche werden dem Protokoll beigelegt**. Die Verwaltung hat über den Internetdienstleister das System BITV eingekauft, dass Personen mit Behinderungen die Internetinhalte barrierefrei zugänglich machen soll.

In der Zukunft ist hier noch einiges zu tun. Inwiefern digitale Tools oder KI-gestützte Systeme zu dem Thema zukünftig weiter unterstützen können bleibt abzuwarten. Hierzu sind weitere Kontakte zu spezialisierten Hochschulen nötig.

Herr Jaberg begrüßt im Namen der Fraktion den Antrag. Barrierefreiheit war schon lange Ziel. Es wird erkannt, dass die Übersetzung von Antragsformularen hinsichtlich der rechtlichen Inhalte nicht einfach ist. Antrag wird unterstützt.

Frau Mang-Schäfer deutet die Wichtigkeit leichter Sprache an Beispiel der Corona Infos heraus, die in 2 Varianten und eben auch in leichter Sprache einsehbar waren. Dort leichte Sprache sehr hilfreich. Der Antrag wird als sehr gut empfunden. Vor der Komplexität sollte man sich auf die neuen Inhalte und Formulare konzentrieren. Sie merkt an, dass es an der Verwaltungshochschule Forschungsbereiche gibt, die sich mit verständlicher Behördensprache beschäftigen, vielleicht lässt sich auch hier langfristig eine Verbesserung finden.

Frau Hattab bekräftigt den Antrag und berichtet aus dem Beirat Migration Integration. Der Beirat ist häufig mit den Formularen von Betroffenen konfrontiert. Auch eine Unterstützung fällt hier nie leicht. Die leichte Sprache wäre auch bei Helferinnen und Helfern sehr hilfreich. wird unterstützt, Migrationsbeirat immer mit Formularen und Hilfesuchen konfrontiert. Der Antrag kann nur unterstützt werden.

Herr Wagner bestätigt, dass zahlreiche Personen Probleme mit Formularen haben. Aus der Arbeit auf einer Behörde ist ihm bekannt, dass wir uns in einem Juristenstaat befinden, bei dem es im Fall von Formularen auf Feinheiten und Nuancen ankommt. Dabei wäre es hilfreich, wenn man die leichte Sprache durchsetzen könnte. Jedoch darf man Zweifel haben, ob dies so möglich ist.

Die Vorsitzende stimmt dem teilweise zu. Ergänzend führt sie an, dass eine leichte Sprache keine Behördenbegleitung ersetzt. Die Stadt Speyer ist eine aufgeschlossene Behörde, bei

der jedoch weiterhin für das Thema leichte Sprache sensibilisiert werden kann. Ein Formular in leichter Sprache kann ggf. doch falsch ausgefüllt werden, wenn die Begleitung fehlt.

Herr Oehlmann fragt an, ob es überhaupt machbar ist, wie beantragt, alle Formulare in leichte Sprache zu überführen.

Frau Keller-Mehlem weist nochmal darauf hin, dass ein Prozess beginnen soll, der im Bereich Beihilfen und Soziales beginnen soll und ein Einstieg darstellen soll, dass zukünftig stärker auf die leichte Sprache geachtet wird.

Frau Trageser-Glaser stellt lobend fest, dass die Stadt Speyer die leichte Sprache auf der Internet-Seite schon umgesetzt hat. Es sollten weitere Mitarbeiter-Workshops zum Thema leichte Sprache für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stattfinden. Es gab bereits auch schon mal einen Flyer aus dem Bereich der Familienbildung, der in leichter Sprache gefasst war. Die Vorrangigkeit im Bereich Beihilfen Soziales leuchtet ein. Von Wohlfahrtsverbänden wird bemängelt, dass Formulare erklären Zeit kostet, die leichte Sprache sparen kann.

Herr Ableiter weist darauf hin, dass 2 Bereiche zu unterscheiden sind. Einerseits die leichte Sprache, die Leute an die richtige Stelle führt, an der Sie grob wissen, was sie erwarten können. Andererseits das Problem, Anträge derart zu formulieren, dass bei Antragsbearbeitungen weniger Leute Beratung abfordern oder Einspruch einlegen. Dies spart erheblich Kosten, hat aber Grenzen. Das Recht ist teilweise derart kompliziert, dass es z. B. Steuerberatern bedarf. Die Stadt Speyer hat aber doch die Möglichkeit über leichte Sprache Erleichterungen für die Leute zu erzielen. Antrag wird unterstützt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Antrag mehrheitlich, bei 3 Enthaltungen (WGS, AfD, Kübitz).

**Gegenstand: Ehrenamtlicher "Nachtbürgermeister:in" für Speyer;
Prüfantrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 15.04.2023
Vorlage: 1457/2023**

Herr Brandenburger erläutert den Hintergrund des Antrags. Ziel ist es die Kulturszene zu beleben, die während der Corona-Zeit gelitten hat. Er weist darauf hin, dass es ausdrücklich nicht um eine weitere hauptamtliche Position für den Stadtvorstand geht.

Die Vorsitzende ordnet den Antrag dem Bereich Kultur zu und übergibt für weitere Ausführungen an Frau Kabs.

Frau Kabs fasst nochmal die Anforderungen an die Person zusammen. In Mannheim, Heidelberg und Mainz gibt es schon Nachtbürgermeister. Sie sollen ein neutrales Bindeglied sein, das auf moderierende Art zwischen allen Interessengruppen agiert. Sie soll Konflikte vorbeugen, vermitteln, Akteure vernetzen, neue Impulse geben. In Mannheim gibt es seit 2018 die Stelle des Nachtbürgermeisters, die von Robert Gaa wahrgenommen wird. Seitens des FB 3 wird vorgeschlagen Herrn Gaa bzw. einen tätigen Nachtbürgermeister in eine Sitzung einladen mit der Bitte einen Vortrag über seine Tätigkeit zu berichten.

Herr Wagner sieht das Nachtleben als schützenswertes Kulturgut. Dem Antrag wird zugestimmt.

Herr Popescu weist darauf hin, dass dieses Thema schon besprochen wurde und sich seither keine Änderungen mehr ergeben haben. Fraktionsübergreifend war der Tenor, dass ein Nachtbürgermeister nicht zu Speyer passt. Die Position des Nachtbürgermeisters zielt nicht nur in den Bereich Kultur. Dank der Kooperation hatte man sich einen Beigeordneten-Posten geleistet, in dessen die Aufgaben eines Nachtbürgermeisters angesiedelt sind. Mit den Aufgaben im Bereich öffentliche Sicherheit und Ordnung wurde bereits ein Posten geschaffen, der diesen Aufgaben nachkommen soll. Während der Pandemiezeit wurde versäumt mit den Kulturschaffenden, Veranstaltern und Gastronomen ins Vernehmen zu geben. Speyer hat aktuell kein Nachtleben. Der Antrag wäre in den 90er Jahren passend gewesen. In der Stadt gibt es keinen Raum mehr, an dem Jugendliche zusammenkommen. Vergangene Regelungen haben den Kneipenbetrieb stark restriktiv reglementiert. Der Antrag wird nicht unterstützt.

Herr Ableiter bestätigt den Rücklauf der Nachtszene in den vergangenen Jahren, ein Nachtleben funktioniert nicht in Speyer. Die eisernen Vorschriften des Lärmschutzes beschränken Konzerte und Volksfeste in brutaler Weise. Es gibt in Speyer keine Räume, die bei Nachtleben keine Beschwerdelagen erzeugen. Es wurde eine Stelle mit Zuständigkeit für den städtischen Ordnungsdienst und Lärmmessungen geschaffen. Hier wäre es schön nicht nur zu beschränken sondern unter Zusammenarbeit von Ordnungsbürgermeisterin und Kulturbürgermeisterin Möglichkeiten einzuräumen, unter denen entsprechend gefeiert werden kann. Dem Antrag wird nicht zugestimmt.

Frau Mang-Schäfer berichtet, dass eine Belebung des Speyerer Nachtlebens notwendig ist.

Einer Prüfung wird nur zugestimmt, wenn es nicht um die Erweiterung des Stadtvorstandes geht, sondern es sich um eine Beauftragten-Stelle ähnlich dem Fahrradbeauftragten handelt. In den Beratungen sollte sich nicht mit Mannheim und Heidelberg verglichen werden, da die Lärmschutzrichtlinien in BW anders sind. Dort wäre vieles möglich, das in RLP nicht geht.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass es auch in BW Lärmschutzrichtlinien und Problemlagen gibt. auch in MA/HD gibt es ein Club-Sterben wg. Anwohnerbeschwerden.

Herr Haupt wendet ein, dass die Corona-Maßnahmen schädlich für Kultur waren. Speyer kann nicht mit anderen Großstädten verglichen werden, aber Corona war das eigentliche Problem. Es soll keine Klientelpolitik betrieben werden sowie ein weiteres Gremium gebildet werden. Früher hat man keinen Nachtbürgermeister gebraucht. Ein Nachtbürgermeister hat keine Befähigungen, die wirksam sind. Es werden vielmehr Nachtstreifen zur Kontrolle für Bürgerinnen und Bürger in den Nachtstunden angeregt.

Herr Oehlmann stimmt Herrn Popescu zu, sieht jedoch auch die Bedürfnisse der Kulturszene aus Erfahrungen in der Vergangenheit. Eine ehrenamtliche, anerkannte Person als Bindeglied wäre vorteilhaft. Zur Förderung des Nachtlebens sieht er die Aktivierung des Abendlebens mit Verkürzung der Sperrstunden als erforderlich. Man sollte einen Nachtbürgermeister zum Erfahrungsaustausch einladen und berichten lassen. Die Anregungen müssten auf Speyer projiziert werden. Danach müsste in der Speyerer Szene jemand gefunden werden, der sich zumindest für ein Testjahr zutraut, als Bindeglied zu fungieren. Die Gelegenheit, Fortschritte zu erzielen wurde während Corona versäumt. Die Fraktion unterstützt den Antrag nicht vollumfänglich, aber der Antrag kann unterstützt werden, wenn die genannten Punkte mit einfließen.

Frau Franz berichtet über das abgebrochene Konzert im Paradiesgarten, das in der Form ggf. überhaupt nicht mehr stattfinden kann. Sie führt das Beispiel des Augustinerplatzes in Freiburg an, auf dem ein Lärmmessgerät den Lärmpegel anzeigt und limitiert. In Speyer gibt es keinen Platz, an dem sich Leute treffen. In Speyer wird es in öffentlichen Bereichen bereits ab 22:00 Uhr problematisch mit Lärmbelästigungen. Das Aufgabengebiet für einen Nachtbürgermeister ist nicht erkennbar.

Frau Fischer-Wolfert wiederholt nochmals die allgemeine Motivation, das Nachtleben wieder beleben zu wollen. Dem Vorschlag von Fr. Kabs wird gefolgt. Ein Nachtbürgermeister könnte in den Kulturausschuss eingeladen werden.

Frau Montero-Muth sieht es ebenfalls als Chance für die Kultur. Es sollte im Kulturausschuss nochmals vertieft werden. Eine Beauftragte bzw. ein Beauftragter wird bevorzugt. Es befinden sich genügend Personen im Stadtvorstand. Rahmenbedingungen müssen überdacht werden, weil viele Junge Leute nach Mannheim usw. abwandern, wo ein reges Nachtleben herrscht.

Frau Seiler weist nochmals darauf hin, dass es keine Initiative für den Stadtvorstand ist. Es hat ausdrücklich nichts mit der Anzahl der Dezernentinnen zu tun.

Herr Wagner spricht dem Prüfantrag großer Chancen zu, das Leben wieder zu beleben. Die Leute gehen nach den Corona-Jahren nicht mehr raus. Es geht um die Szene, nicht ums Feiern bis früh in den Morgen. Eine unabhängige Person wäre vorteilhaft. Es wird empfohlen einfach jemanden einzuladen, der über die Tätigkeit des Nachtbürgermeisters berichtet.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den Antrag mehrheitlich bei 9 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen.

**Gegenstand: Park- und Verkehrssituation "Am Germansberg";
Anfrage - ggfls. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 17.04.2023
Vorlage: 1458/2023**

Herr Oehlmann berichtet über die aktuelle Situation während des Abriss der Closwegbrücke. An der einzigen Ausfahrt am Germansberg kommt es aufgrund von erhöhtem Verkehr zu gefährlichen Situationen. Die Parkflächen lassen nicht genügend Raum für den Begegnungsverkehr was den Verkehrsfluss stark behindert. Eine Parkverbotszone könnte in der Situation Abhilfe schaffen.

Frau Münch-Weinmann beantwortet die Anfrage aus Sicht Verwaltung.

Zu Frage 1) *Aus welchem Grunde sah man seitens der Verwaltung eine Notwendigkeit zur Einzeichnung der besagten Parkflächen, obwohl eine Sperrung der Closwegbrücke kurz bevorstand und eine Zunahme der Verkehrsbelastung hierdurch an der Straße „Am Germansberg“ - als einzige Ein- und Ausfahrt - hätte bekannt sein müssen?*

In 2018 gab es die Planung eines Parkplatzkonzeptes durch die Tiefbauabteilung - ÖPNV und Verkehrsplanung für die Straßen Am Germansberg und Kardinal-Wendel-Straße. Hierdurch sollte wildem Parken und erhöhter Geschwindigkeit entgegengewirkt werden. 2021 wurde zunächst Am Germansberg ein Haltverbot im Kurvenbereich am Priesterseminar ausgewiesen. Weitere Regelungen sollten nach der Sanierung der Closwegbrücke umgesetzt werden. Das Konzept war nach Planung der Bebauung an der Krummackerstraße zum Teil schon wiederholt. Anlässlich der Sanierung der Closwegbrücke wurde dann als weitere Maßnahmen ein alternierendes Parken in gelber Markierung angeordnet. Die Befahrung wurde bei einem Ortstermin mit den Busunternehmen sichergestellt. Es erfolgte eine Probefahrung. Auch waren am 21.04.2023 keine Beschwerdelage seitens der Busfahrer über mangelnde Befahrbarkeit bekannt.

Zu Frage 2) *In welchen Zeitphasen der Brückenbaumaßnahme Closweg bleibt zumindest die Zufahrt zum Wohngebiet „Im Vogelgesang“ von der B39 herkommend für Kraftfahrzeuge - mit Ausnahme des Schwerlastverkehrs - offen?*

Die Zufahrt Vogelgesang über den Closweg soll über die gesamte Bauzeit geöffnet bleiben. Die Planung ist aktuell 1 Jahr.

Zu Frage 3) *Wird die Stadtverwaltung - zumindest über die Zeit der Baumaßnahme zur Closwegbrücke - im oberen Bereich der Straße „Am Germansberg“ eine Parkverbotszone einrichten, welche auch den Kurvenbereich zur Einmündung in die Kardinal-Wendel-Straße mit einbezieht um einen sichereren Verkehrsfluss zu gewährleisten?*

Die Parkflächen wurden aus Sicherheitsgründen eingerichtet, um überhöhte Geschwindigkeit zu unterbinden. Es ist geplant sich die Situation vor Ort nochmals anzuschauen und zu bewerten. Die Polizei wurde gebeten, Geschwindigkeitsüberwachungen vorzunehmen. In dem Bereich wurden Geschwindigkeitsanzeiger aufgestellt, die zur Einhaltung der Geschwindigkeit anhalten.

Herr Oehlmann wendet ein, dass sich vor Ort ein anderer Eindruck ergibt. Es ist nicht davon auszugehen, dass großflächig zu schnell gefahren wird. Wenn die Parkflächen (vom unteren Bereich Am Germansberg kommend) hinter der Kurve am Priesterseminar später beginnen

würden, wäre mehr Einsehbarkeit und Ausweichfläche für Fahrzeuge, ohne dass sich eine Möglichkeit zum schnellen Fahren ergibt. Dieser Vorschlag kommt auch von Seiten der Bewohner. Er plädiert weiter für die Aufstellung einer Beschilderung „Anwohner frei“ an der Abfahrt von der B39 in den Vogelgesang über den Closweg. Er bittet über den Antrag der Korrektur der Parkflächenanordnung und er Zufahrtsbeschränkung am Closweg abzustimmen.

Die Vorsitzende erwidert, dass die Situation nicht ganz so einfach gesehen werden kann. Es bedarf einer Begutachtung durch die Verkehrsplaner, Verkehrsexperten und auch der Polizei und auch eine Rücksprache mit dem Busunternehmen. Sie schlägt einen gemeinsamen zeitnahen Ortstermin vor, bei dem die Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer vorrangig ist und nicht die Beschleunigung des PKW-Verkehrs. Hierzu werden alle Fraktionen eingeladen.

Herr Oehlmann stimmt dem Vorschlag zu, wenn eine Begehung bis Mitte Mai zu einem Zeitpunkt (16-17h) zu dem Verkehr herrscht erfolgt und das Schild „Anlieger frei“ an der Zufahrt von der B39 aufgestellt wird.

Die Vorsitzende stellt einen durch die zuständige Dezernentin koordinierten Termin in Aussicht.

**Gegenstand: Hundewiese in Speyer;
Prüfantrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 17.04.2023
Vorlage: 1459/2023**

Frau Hofmann begründet nochmals die Notwendigkeit der Schaffung von Wiesen für einen freien Auslauf von Hunden. Eine Anfrage der CDU im Stadtrat 2019 ergab ihrer Kenntnis nach keine Entwicklungen. Es gibt in Speyer aktuell wenige oder zu kleine Wiesen. Die Sanddüne ist nicht mehr Verfügbar. Es gibt eine Petition der Speyerer für eine Hundewiese.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass es einen Beschluss zum Polygon-Gelände gibt. Es gab schon viele Anfragen und Initiativen zu Hundewiesen. In anderen Gemeinden werden großflächige Hundewiesen meist durch Firmen oder Private zur Verfügung gestellt. Sie nennt nochmals die bestehenden Wiesen am Woogbach und Eselsdamm. Der damalige Beschluss (Tierheim, Hundewiese) zum Polygon-Gelände kann erst dann umgesetzt werden, wenn die Stadt das Gelände erworben hat. Sie verweist auf die Informationen im Ratsinformationssystem.

Herr Nolasco nimmt Stellung zum Antrag der FDP-Fraktion. Der Antrag wird begrüßt. Es wird nicht nur ein einmaliger Bedarf gesehen. Es werden mögliche Standorte im gesamten Stadtgebiet geprüft. Neben dem Beschluss für das Polygon-Gelände gibt es aktuell auch eine private bürgerschaftliche Initiative in Speyer Nord. Der Politik wird empfohlen den Antrag anzunehmen und neue Standorte in allen Siedlungsteilen der Stadt zu untersuchen. Die Wiese im Woogbach wird gut angenommen. Die Standorte müssen insgesamt geeignet sein.

Herr Popescu weist nochmals darauf hin, dass es ein Ergänzungsantrag seiner Fraktion war, der die Hundewiese beim neu zu bauenden Tierheim vorgesehen hatte. Es gibt ein Beschluss hierzu. Bei den anderen Stadtteilen ist ebenfalls von Bedarf auszugehen. Es kann nicht ewig gewartet werden. Bedarf ist da und insofern spricht nichts gegen den Antrag. Herr Hoffmann teilt mit, dass das Thema Hundewiese Historie in Speyer hat. Es ist gut darüber gesprochen wird. Planungen und Realisierungen neuer Hundeflächen sind wichtig. Seine Fraktion hat 2019 bereits einen Antrag gestellt, entsprechende Flächen zu finden. In Kooperation wurde vom Stadtrat der Beschluss über ein Konzept zum Neubau des Tierheimes mit Hundefreilauffläche gewünscht. An dem wird festgehalten. Das Thema ist ein langjähriges Anliegen der Fraktion. Der Antrag wird als sinnvoll unterstützt.

Frau Heller befürwortet seitens der Fraktion eine Hundewiese für jeden Stadtteil und unterstützt den Antrag.

Frau Mang-Schäfer regt an auf den Diskussionen von 2019 aufzubauen und nicht wieder bei Null anzufangen.

Herr Brandenburger unterstützt den erweiterten bzw. korrigierten Antrag ausdrücklich und dankt Herrn Nolasco für die Darstellung.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig bei 2 Enthaltungen (WGS, AfD).

**Gegenstand: Nutzung und Förderung von Balkonsolaranlagen;
Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion vom 17.04.2023
Vorlage: 1460/2023**

Herr Hoffmann erläutert, dass der Umstieg auf regenerative Energien vor allem dann gelingen wird, wenn die Möglichkeiten zum Mitmachen für große Teile der Bürgerschaft sind. Balkonsolaranlagen und sonstige Stecker-Solaranlagen bilden einen wichtigen Teil und würden sofort die Klimaschutzziele unterstützen.

Die Vorsitzende verweist zur Beantwortung auf Frau Münch-Weinmann gemeinschaftlich für Stadtwerke und die Umweltabteilung.

Frau Münch-Weinmann weist darauf hin, dass auch die Bauordnungsabteilung eingebunden ist.

Zu Frage 1) *Wie können die Stadt Speyer und/oder die Stadtwerke Speyer Bürgerinnen und Bürger und ggf. auch Gewerbebetriebe bei der Installation von „Balkonsolarkraftwerken“ unterstützen, sei es durch Beratung und/oder eine finanzielle Förderung? Könnten hierfür ggf. Mittel aus der Kommunalen Klimaoffensive Rheinland-Pfalz eingesetzt werden? Eine mögliche Beantragung einer Förderung durch die Stadt Speyer nach der Prüfung aller Fakten behalten wir uns schon jetzt vor.*

Die Stadt begrüßt jedes Engagement. Es gehen immer wieder Anfragen ein zu Balkonanlagen. Diese werden kostenlos und umfänglich beantwortet. Die SWS informiert auf Präsentationen wie der Bau- und Energiemesse über Systeme und die Wirtschaftlichkeit. Die Energiewirtschaft ist stark reglementiert und die SWS ist als Netzbetreiber zuständig für die Umsetzung und Einhaltung der geltenden technischen Regeln. Mit der Beratung wird die Schwelle so niedrig wie möglich gehalten. Die SWS hat eine Musterbalkonanlage an der die Funktion und Elemente erklärt werden können.

Bereits vor Veröffentlichung des Landesförderungsprogramms KIPKI wurden Ideen innerhalb der Verwaltung diskutiert. Dies wurde in der Sondersitzung vorgestellt. Die Grundlage bildete der Gesetzesentwurf. Als Ergebnis entstand eine Ideenliste mit Kostenabschätzungen und Umsetzungshorizonten entstanden. Es kommt auf die Umsetzbarkeit der Maßnahmen an, die bis Juni 2026 abgeschlossen sein müssen. Alle Maßnahmen der Positivliste wurden betrachtet, so auch ein mögliches Förderprogramm für Balkonkraftwerke. Aktuell wurden Abwägungen für andere Programme angegangen. Hierunter ein Programm zur Mobilität für finanzschwache Menschen. Dieser Personengruppe soll nachhaltige Mobilität ermöglicht werden. Bei der Abwägung wurde sich für die Förderung nachhaltiger Mobilität der Bedarfsgemeinschaften entschieden.

Die Vorsitzende ergänzt, dass der Antrag zurückgestellt wird, bis eine Antragstellung für die Modellkommunen möglich ist. Die Stadt bleibt am Thema dran, da der Stadtrat für die Beratung parat steht.

Zu Frage 2) *Welche überregionalen Fördermöglichkeiten sind der Stadtverwaltung Speyer bekannt?*

Überregionale Programme sind aktuell keine bekannt. Jedoch ist derzeit viel in Entwicklung und es ist nicht bekannt was kommen wird.

Zu Frage 3) *Gibt es in Speyer aktuell kommunales Recht, z.B. die Altstadtsatzung, die derzeit eine Installation o.g. Anlagen einschränken? Wenn ja, welche sind das?*

Frau Münch-Weinmann erläutert, dass die Denkmalpflege in den nächsten Bauausschuss kommt, um über das über das Thema Solaranlagen und Denkmalpflege zu berichten. Denkmalschutz wendet sich nicht gegen den Klimaschutz. Auch bei Denkmälern sind Solaranlagen möglich. Es handelt sich aber um Einzelfallentscheidungen.

Zu Frage 4) *Das Mitmachen entsteht durch die Bekanntheit der Möglichkeiten. Welche Formen der Kommunikation plant die Stadt, um die beschriebenen Nutzungsmöglichkeiten den Bürgerinnen und Bürgern bekanntzumachen?*

Frau Münch-Weinmann führt hierzu an, dass die SWS bereits umfangreich zu Balkonkraftwerke. Auch bei der Energieberatung können sich Interessierte neutrale Informationen dazu einholen. Zu dem gründet sich die Bürgerenergiegenossenschaft Vorderpfalz die das Thema mit bearbeitet. Bereits jetzt gibt es Informationen zur Sonnenenergie auf der Homepage.

Zu Frage 5) *Welches realistische Potential für Balkonkraftwerke und sonstige Steckersolaranlagen sieht die Verwaltung im Speyer unter Berücksichtigung der Daten aus vergleichbaren Städten im Hinblick auf die Nutzerzahlen?*

Frau Münch-Weinmann verweist auf die Antwort der SWS. Die zahlenlastigen **Informationen werden dem Protokoll** beigefügt.

Herr Hoffman äußert hierzu die Frage hinsichtlich der Abwägung nachhaltiger Mobilität gegenüber Balkonsolaranlagen, die zugunsten der Mobilität ausfiel. Vor dem Hintergrund behält sich die CDU-Fraktion behält vor, nochmals für den nächsten Haushalt Fördermittel zu beantragen.

Frau Münch-Weinmann weist darauf hin, dass in den Themen viel Bewegung ist und ihr Bericht den aktuellen Stand darstellte.

Die Vorsitzende informiert nochmals darüber, dass Mittel gewährt werden und es eine Positivliste hierzu gibt. Diese Maßnahmen müssen bis 2026 umsetzbar sein. Es wurde eine Vorschlagsliste für den Stadtrat entwickelt, auf Basis derer eine Priorisierung vorgenommen werden muss.

Gegenstand: Schulentwicklungsplan der Stadt Speyer
Vorlage: 1425/2023

Die Vorsitzende kündigt für den nächsten Top den Vortrag des Herrn Rupp als Sachverständigen der Fa. Biregio an und übergibt die Sitzungsleitung vorübergehend an die Schuldezernentin, Frau Kabs.

Frau Kabs teilt mit, dass der Schulentwicklungsplan heute beschlossen werden soll. Er wurde zuvor sehr ausführlich im Schulträgerausschuss vorgestellt.

Herr Rupp trägt den Schulentwicklungsplan als Destillat vor in konzentrierter Form vor.

Frau Queisser schildert, dass es einen extremen Run auf Gymnasien gibt. Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass vermehrte Gespräche mit Landkreis/Landrat nötig sind. Die Stadt Speyer ist als Schulträger allein zuständig. Vom Landkreis kommt keine Unterstützung. Der Unterhalt der Gebäude ist kostenintensiv, wonach der Landkreis mitwirken muss. Eine weitere IGS in Speyer ist sinnvoll, die SPD-Fraktion wird einen Antrag dahingehend stellen, ggf. mit Förderschwerpunkt. Die Pestalozzischule kann keine weiteren Kinder aufnehmen. Eine weitere Grundschule wäre sinnvoll. Evtl. wäre es möglich, die Jakob-Reeb-Schule zu nutzen. Frau Kabs bestätigt, dass die ausgelagerte Förderschule wieder zurückkommen muss. Mit der Jakob-Reeb-Schule werden Gespräche geführt.

Herr Ableiter merkt an, dass die Entscheidung drängt. Neben dem befürworten der Umwandlung der HS+ in IGS in Speyer Nord führt er mit dem Kloster neben der Uni bzw. dem Pfalz-Kolleg weitere mögliche Alternativen vor, deren Nutzungsmöglichkeit geprüft werden sollte. Nachdem die Räume für Ganztagsbetreuung ab 2026 nicht ausreichen sollte bis dahin die Zahl der aufgenommenen Schüler reduziert werden. Der Landrat sollte dem vorbereitend aufgefordert werden bis dahin selbst Schulkapazitäten zu bilden.

Frau Kabs stellt in Aussicht, dass es keine Erweiterung des Doppelgymnasiums geben wird. Es gibt bereits Gespräche mit Schwestern und Kolleg. Gespräch mit ADD ist terminiert, die Anmeldezahl am Purrmann-Gymnasium in dem Jahr war sehr überraschend.

Frau Heller fragt an, warum ein Beschluss notwendig ist.
Frau Kabs weist darauf hin, dass dies der offizielle Weg ist.

Die Vorsitzende drängt nochmals darauf hin, sich auf die Beschlussfassung zu konzentrieren.

Frau Heller fragt nochmals gezielt nach der Raumplanung im Purrmann-Gymnasium, wie ist die Planung/Reaktion.

Frau Kabs teilt mit, dass die Planung im Gange ist und dass es Gespräche mit der Immobilienabteilung gibt. Auch die Neugründung einer Schule muss in Erwägung gezogen werden.

Die Vorsitzende stellt nochmal heraus, dass die Räume im Purrmann-Gymnasium nicht ausreichen. Es können nicht alle Kinder aufgenommen werden, was auch von Schulleitern akzeptiert werden muss. Andere Gymnasien im Umland weisen bereits ab.

Frau Franz deutet die Räume als Problem und ebenfalls die fehlenden Lehrer. Bei Neubauten fehlten Lehrer, ansonsten müsste die Klassenstärke erhöht werden. Die Beratung sollte inzwischen mehr Richtung Beruf als Abitur gehen.

Frau Mang-Schäfer begrüßt den Plan und sieht es positiv, dass schon Gespräche mit ADD erfolgen. Die Stadt soll auch auf Land und Bund einwirken. Die Ausstattung der Schulen im Rahmen des Digitalpaktes mit EDV etc. ist ein Problem. Hier wäre eine Finanzierung notwendig.

Herr Haupt stellt dar, dass lt. Rückmeldung aus Schulen keine Inklusion mehr stattfindet. Die Kräfte sind überfordert. Das sinkende Bildungsniveau erhöht den Druck auf die Gymnasien. Der Gedanke der BGS einer Aufwertung der Schule in Speyer Nord wird für positiv gehalten.

Frau Keller-Mehlem erinnert daran, dass Probleme mit hohen Schülerzahlen schon lange bekannt sind (seit Hr. Brohm). Ist eine Reaktion im Umland erfolgt oder wurden dort nicht weiter Kapazitäten aufgebaut?

Die Vorsitzende teilt mit, dass das Umland reagiert hat. Sie nennt als Beispiel Schifferstadt und das Vorhaben einer Berufsbildenden Schule im Umland. Sie fordert bildungspolitische Wegweisungen vom Land. Der Schulentwicklungsplan kann als Grundlage sein. Speyer soll eine qualitative Schulstadt sein.

Frau Kabs stellt in Frage, ob die IGS in Speyer oder eben nicht auch im Umland gebaut werden kann, wo einige Schüler herkommen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage einstimmig.

41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.04.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15

**Gegenstand: Verteilung der Reviere im Forstamt Pfälzer Rheinauen und die
Beförderung des Reviers Speyer**
Vorlage: 1422/2023

Herr Ziesling berichtet über das Verfahren der Revierverteilung in Rheinland-Pfalz und die Schädigungen des Waldes.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage mehrheitlich, bei 7 Gegenstimmen (Linke) und 2 Enthaltungen (B90/Grüne, Linke).

Gegenstand: Bebauungsplan Nr. 069 II Rheinufer-Nord, 2. Teilbebauungsplan "Industrie Hof"; hier: Beschluss des städtebaulichen Rahmenplans für den Industrie Hof Speyer und Fortführung des Bauleitplanverfahrens
Vorlage: 1435/2023

Herr Nolasco [stellt den Teilbebauungsplan](#) umfangreich vor.

Herr Ableiter begrüßt die Erhaltung der Ziegelbauten und Denkmalwerten und auch eine Kindertagesstätte eingeplant wird. Er äußert seine Bedenken zum Damm, hier hält er eine Zwischenlösung für nötig

Die Vorsitzende weist auf ständige Gespräche und Ortsbegehungen mit der Deichmeisterei hin. In enger Zusammenarbeit mit der Stadt würden ggf. Maßnahmen ergriffen. Sie weist nochmals auf die Entscheidungsvorlage hin.

Herr Nolasco gibt ein, dass der Beschluss für weitere Gespräche notwendig ist.

Herr Czerny fragt nach der Verkehrsanbindung an und ob ein Verkehrsplan erstellt wird
Die Vorsitzende bestätigt, dass es nicht geplant ist Verkehr durch den Bereich zu leiten.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage einstimmig.

**Gegenstand: Städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 Baugesetzbuch (BauGB)
zur Erstellung des „Bebauungsplans Nr. 069 II Rheinufer-Nord,
2. Teilbebauungsplan Industriebhof“
Vorlage: 1436/2023**

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage und erkundigt sich nach Nachfragen und Anmerkungen.

Frau Heller fragt an, warum im städtebaulichen Vertrag keine Ziele zur Nutzung von erneuerbaren Energien festgelegt sind ebenfalls keine Sozialquote.

Herr Nolasco teilt mit, dass zwischen der Art des städtebaulichen Vertrages unterschieden wird und geht näher auf die Differenzierungen ein. Hier wird lediglich die Zusammenarbeit hinsichtlich der Kostentragung geregelt.

Herr Czerny fragt hinsichtlich der Zeitplanung nach.

Herr Nolasco gibt weitere Erläuterungen hierzu. Die Regelungen der städtebaulichen Verträge werden durch ein externes Büro begleitet. Die Verträge werden den Gremien zur Entscheidung vorgelegt. Erste Entwürfe zu Zeitpläne können wohl im Lauf 2023 vorgelegt werden.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage einstimmig.

41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.04.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 18

**Gegenstand: Verflechtungskonzept Innenstadt – Stadt I Grün I Fluss;
Information zum Konzept und weiteres Vorgehen
Vorlage: 1437/2023**

Herr Nolasco [stellt das Verflechtungskonzept Innenstadt](#) Stadt - Grün - Fluss vor. Es wird ein Ergänzungskonzept erstellt, das die wesentlichen Maßnahmen berücksichtigt, um sie ggf. im Rahmen weiterer Fördermittel umsetzen zu können.

Gegenstand: Beauftragung eines Gutachtens zur Subventionierung des ÖPNV sowie zur Prüfung eines umlagefinanzierten Bürgertickets
Vorlage: 1462/2023

Die Vorsitzende stellt die Beschlussvorlage vor. Sie weist darauf hin, dass das Gutachten nötig ist, damit überhaupt die Thematik Subventionierung des ÖPNV und Umlagefinanziertes Bürgerticket weiter intensiv auch rechtlich geprüft werden kann.

Herr Wagner sieht das Vorhaben als richtigen Gedanken. Jedoch ist in dem Bereich viel in Bewegung. Auch die Landesregierung prüft, ob ein Beitrag zur Unterstützung möglich ist. Die CDU-Fraktion wird im Landtag im Mai einen Antrag auf ein kostenloses Ticket für Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten stellen, dass durch das Land finanziert wird. Er weist darauf hin, dass durchaus noch vom Land eine Regelung kommen kann. Die Vorsitzende dankt für die Informationen, weist jedoch darauf hin, dass es zielführend wäre, wenn genauere Termine hierzu bekannt wären. Ggf. müsste der Stadtrat die Entscheidung nochmals vertagen. Sie hofft, dass seitens des Bundes und Landes mehr gemacht wird. Jedoch liegen Prüfanträge liegen aktuell vor die seitens der Verwaltung zur Beratung anstehen.

Frau Mang-Schäfer wendet ein, dass ein Gutachten lediglich zur Feststellung der Fahrgastzahlen als nicht erforderlich angesehen wird und nur für den Zweck zu hochgegriffen wäre.

Die Vorsitzende weist auf die verschiedenen Anträge und Prüfanträge hin. Das Gutachten als rechtliche Prüfung ist erforderlich um eine aussagekräftige Vorlage zu stellen und alle Prüfanträge abzuschließen. Gerade im Zusammenspiel mit dem KEF. Die Entscheidung, ob dies zu realisieren ist muss vom Stadtrat entschieden werden.

Herr Popescu drängt darauf, dem Prüfantrag nachkommen. Die Linke hatte bereits 2019 Anträge gestellt. Wenn ein Gutachten notwendig ist, so muss dieses als Grundlage erstellt werden, um endlich Veränderungen im Verkehr zu erreichen.

Herr Ableiter äußert Bedenken hinsichtlich der Gesamtkosten. Das 49 Euro-Ticket ist auskömmlich, eine weitere Förderung ist nicht nötig. Die Stadt Speyer sollte nicht weiter fördern. Dann ist eher der Haltepunkt SP-Süd sinnvoll (Investive Maßnahmen). Dem Antrag wird nicht zugestimmt.

Frau Hofmann stellt nochmal die Vorteile des Tickets dar. Bei der Klimastrategiesitzung wurde in Erwägung gezogen, im Förderprogramm KIPKI am Wochenende den ÖPNV kostenlos zu machen. Weiteren Vergünstigung wäre der Vorzug zu geben für die kein Gutachten er erforderlich ist.

Herr Schwarz von der Tiefbauabteilung gibt nähere Informationen zur Einführung eines lokalen Ortstarifs unter Verweis auf die Sitzungsunterlagen.

Herr Brandenburger weist darauf hin, dass das 49 Euro-Ticket zu teuer ist. Er weist auf die Vorlage hin. Ziel ist der Beschluss über die Prüfung. Weitere Diskussionen müssten im Fachgremium geführt werden.

Frau Heller bittet um Diskussion im Verkehrsausschuss. Dem Antrag kann nicht zugestimmt werden.

Die Vorsitzende weist nochmals darauf hin, dass die Diskussion um die vorliegenden Punkte bereits seit 4 Jahren läuft und daher die Entscheidung nicht mehr zurück an den

Verkehrsausschuss zurückgespielt werden kann. Dem Stadtrat liegt bereits die Entscheidung über den Prüfauftrag vor. Insofern ist der Beschluss über die Vorlage erforderlich.

Beschluss:

Der Stadtrat lehnt den Antrag bei 10 Zustimmungen und 12 Gegenstimmen mehrheitlich ab.

41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.04.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 20

Gegenstand: Änderung von § 3 der Baumschutzsatzung
Vorlage: 1423/2023

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage und die Diskussion im Umweltausschuss. Hierzu gibt es keine Anmerkungen und Anfragen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage mehrheitlich, bei 7 Gegenstimmen.

41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.04.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 21

Gegenstand: Soziale Arbeit im Zusammenhang mit der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes; Verwendung der Sonderzahlung des Landes
Vorlage: 1415/2023

Die Vorsitzende weist auf die Vorlage hin und darauf, dass es eine empfehlende Beschlussfassung im Sozialausschuss gab. Hierzu gibt es keine Anmerkungen und Anfragen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage einstimmig, bei 1 Enthaltung (AfD).

41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.04.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 22

Gegenstand: **Ergebnishaushalt 2022;**
Übertragung von nicht verbrauchten Mitteln des Jugendstadtrates
des Haushaltsjahres 2022
Vorlage: 1451/2023

Die Vorsitzende verweist auf die Vorlage hin. Hierzu gibt es keine Nachfragen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage einstimmig, bei 1 Enthaltung (AfD).

41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.04.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 23

Gegenstand: Finanzhaushalt 2022; überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO bei HHSt. 12600.0960003.2712 (Brandschutz / Anlagen im Bau für Baumaßnahmen / Feuerwache-Außenanlagen)
Vorlage: 1463/2023

Die Vorsitzende stellt fest, dass es hierzu keine Wortmeldungen gibt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage einstimmig, bei 1 Enthaltung (Linke)

41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.04.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 24

Gegenstand: Finanzhaushalt 2023; überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO bei HHSt. 36522.0960003.2110 (KiTa Regenbogen / Anlagen im Bau für Baumaßnahmen / Kindertagesstätten und -horte)
Vorlage: [1464/2023](#)

Die Vorsitzende stellt fest, dass es hierzu keine Nachfragen gibt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich bei 2 Enthaltungen (Linke, Grüne).

41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.04.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 25

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 1443/2023

Die Vorsitzende verweist auf die Tischvorlage und stellt fest, dass es keine weiteren Umbesetzungswünsche gibt. Hierzu gibt es keine Nachfragen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage einstimmig.

41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.04.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 26

Gegenstand: Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO
Vorlage: 1444/2023

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.
Die Vorsitzende bedankt sich bei den Spenderinnen und Spendern.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die Annahme der Spenden.

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Die Vorsitzende informiert über eine Änderung im Dezernat 3, Fachbereich 2, im Geschäftsbereich von Frau Münch-Weinmann. Hier wurde der Friedhof als eigene Abteilung aus dem Standesamt ausgegliedert.

Im Namen der Klimaschutzmanagerin macht sie auf die Aktion Stadtradeln aufmerksam, die in diesem Jahr vom 7. bis 27. Juni stattfindet. Sie ruft zur Teilnahme auf.

Sie weist auf das Jubiläum der Feuerwehr hin und regt zum Kauf der Eintrittskarten für das Konzert in der Halle 101 mit Grand Malör am 07.06.2023 an.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.04.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 28.1

Gegenstand: Wirtschaftangelegenheiten

Der Stadtrat nimmt die Informationen zur Kenntnis

41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.04.2023

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 29.1

Gegenstand: Einstellung von Beamt*innen;

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Einstellung einstimmig.

41. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.04.2023



41. Sitzung des Stadtrates 27.04.2023 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!